

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Abonnementpreis 10 Pfennig

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Einzelheftpreis: 15 Pf. Nr. 10 bis 12 mit Spalte 1. Nr. 13 im Einzelheft. Bankkonten: Kreibitz bei Halle-Merseburg; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfach: Leipzig 204 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Berdenstraße 14.

Halle, Montag, den 19. Dezember 1932

12. Jahrgang, Nr. 293

Der Judaslohn für den Arbeiterverrat!

Wie die SPD-Führer die Arbeiterklasse verkaufen — Grzesinski, Severing und Braun in friedlichem Briefwechsel mit Schleicher und Bracht über die pünktliche Auszahlung ihrer Riefenpensionen — Die Führer der „Eisernen Front“ pressen Schleicher-Retruten

Arbeiter! Schluß mit dieser Partei!

Als wir am 20. Juli die Aktionsslogane in die Betriebe schleuderten, als wir uns gegen den Staatsstreich Kapens in Preußen erhoben, die Arbeiter zum Widerstand aufriefen und ein Bündnisangebot an die sozialdemokratischen Arbeiter machten, da beantwortete die SPD- und Gewerkschaftsführung das mit müdenen Schimpferien und Verleumdungen. Wir stellten damals sofort fest, daß die „Arbeiter“ der Severing und Braun gegen ihre Mitsentscheidung nur leeres Gerede waren, daß

die Severing, Braun und Grzesinski weder kämpfen wollten noch konnten.

Wir sind mit goldenen Fäden an das bürgerliche Regime gebunden und gefesselt sind. Heute sind wir in der Lage, auch dokumentarisch nachzuweisen. In unseren Händen befindet sich der Briefwechsel zwischen dem gegenwärtigen Berliner Reichspräsidenten Brüning und dem am 20. Juli abgelehnten Reichspräsidenten Brüning, dem früheren Reichspräsidenten Brüning. Durch diesen Briefwechsel kommt zum Ausdruck, daß, während die SPD gegen die Schleicher-Pläne die proletarischen Besten, die SPD- und Gewerkschaftsführung verweigert, die Grzesinski, Severing und Braun in friedlichem Briefwechsel mit Schleicher und Bracht über die pünktliche Auszahlung ihrer Riefenpensionen sprechen. Wir sind in der Lage, diesen Briefwechsel nun an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Zusammenhang damit stehen auch die Auseinandersetzungen im Parteivorstand der SPD und Reichsbannerführung der SPD. Die Reichsbannerführung hat einen Pakt mit der Regierung geschlossen über die Eingliederung der Reichsbanner in die faschistischen, imperialistischen Pläne, die im „Kuratorium für Jugendberufshilfe“ verbunden sind. Wir haben den abschließenden Pakt der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Schleicher der arbeitenden Massen zur Kenntnis gebracht. Wir konnten mitteilen, daß der gegenwärtige Reichspräsident Schleicher-Kabinetts, der Verantwortliche für den

Unterstützungsabbau der Erwerbslosen, von den Gewerkschaftsführern als „Mittler“ bezeichnet worden ist. Wir brechen das Schweigen der sozialdemokratischen Presse über die Vorgänge im Lager der Eisernen Front.

Sozialdemokratische Arbeiter! Wollt ihr dieser Politik noch länger zusehen? Gewerkschaftsmitglieder! Könnt ihr zulassen, daß man euch an die falschliche Regierung verkauft?

Wagt euch nicht länger für diese Politik mißbrauchen! Her zur roten Einheitsfront!

Beachtet morgen den „Klassenkampf“!



Zehntausende von Zentnern Kohle verwittern auf dem Kohlenhof von „Alwine“

Ein Mitarbeiter des „Klassenkampf“ sprach am Sonnabend mit mehreren Arbeitern und Funktionären der Grube „Alwine“. Diese erklärten u. a.:

„Zehntausende von Zentnern Kohle liegen teilweise seit 1928 auf dem Kohlenhof. Ein Teil ist in den 3-4 Jahren schon völlig zusammengeklümpert, er verfault und verwittert.“

Damit ist also der Beweis erbracht, daß riesige Mengen Heizmaterial zugrunde gehen, während in Halle und den umliegenden Orten Millionen in kalten Grubenwohnungen frieren.

Seit Freitag ist der Grubenbezirk von „Alwine“ durch Polizei gesichert, die beauftragt ist, darüber zu wachen, daß die verrottenden Kohlenmorräne der Grubenbezirke im Interesse des Profits unangetastet bleiben.

Die Frierenden fordern erneut: Dehnung der Kohlenlager für die Bedürftigen! Die Hungernden fordern: Dehnung der Lebensmittelpreise!

Roter Sieg auf der Grube Ploek

Reformisten verlieren 5 von 7 Mandaten an die Rote Einheitsliste

Ploek, 18. Dezember.

Auf der Grube Ploek, der einzigen Steinkohlengrube im südlichen Bezirk, fanden heute die Betriebsratswahlen statt. Die altlinke Arbeit der Opposition wurde der alte Betriebsrat aus 7 reformistischen Vertretern bestand, unter Wahlenführer gewonnen. Die Reformisten verlor den einen Erfolg der Roten Einheitsliste zu verdanken. Sie sind dabei auf einer Linie mit dem Unternehmer. Zunächst die Wahl auf 8 Tage vor Weihnachten auf einen Sonntag in das Betriebslokal gelegt. Die Wahl fand statt im Gasthaus „Man“ spezifizierte darauf, daß die Kumpels am einzigen Tag nicht von den verabschiedeten, teilweise weit entfernten nach Ploek tippen, noch dazu am „Goldenen Sonntag“ kam, daß am Sonnabend, dem 17. Dezember, eine Versammlung wurde, während letzter Sonnabends immer Feiertag waren. Ein Teil der Kumpels kam lo früh nach Wittern nach Hause. Man erwartete, daß sie dadurch nicht morgens noch wieder nach Ploek kommen.

Alle Spekulationen schlugen fehl. Die Rote Einheitsliste gewann glänzenden Sieg durch. Es wurden abgegeben: Rote Einheitsliste 92 Stimmen (5 Mandate) Reformisten 44 Stimmen (2 Mandate)

Reformisten also den Reformisten 5 Mandate abgenommen. Ergebnis ist ein Ausdruck des gesteigerten Kampfbewusstseins der Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie waren den ganzen Vormittag auf den Feiern, Kumpels zu mobilisieren und heranzuschleppen. Dadurch wurde die Schwindelbemann der Reformisten durchdrungen, daß am Sonnabend noch die Behauptung ausstreuten, daß die Einheitsliste für ungültig erklärt worden sei.

Diese Wahl ist ein vielversprechender Auftakt für unsere Offensive zu den Betriebsratswahlen. Es ist gleichzeitig die erste Amtswahl einer Grube auf das Schleicher-Programm und den Schleicher-Kurs der Gewerkschaften.

Während der Wahlkampagne gelang es, 8 Aufnahmen für die KGD durch Kampfbundkämpfer zu machen und eine Sammlung für die streikenden Kumpels in Koffeln durchzuführen.

SA meutert

(Eig. Drahtm.) Kassel, 19. Dezember.

In der SA Kassel ist am Sonntag eine größere Meuterei ausgebrochen. Der Sturm 5 und der Sturm Bette haben mit 600 SA-Leuten haben geschlossen ihren Austritt aus der Partei erklärt. Die unmittelbare Ursache dieser Meuterei liegt in der Nichterfüllung von Versprechungen die den SA-Leuten seitens der Führer gemacht worden sind. Der Sturm-Bannerführer mußte aus finanziellen Schwierigkeiten 300 Zentner Kartoffeln, welche für die nationalsozialistische Winterhilfe gesammelt worden waren, verkaufen. Als der SA-Führer durch die Führung im Brauner Hause abgelehnt wurde, kam es zu einer offenen Meuterei. Diese spiegelt aber in Wirklichkeit die tiefe Verleugung in den Reihen der einfachen SA-Leute wider, die mit der offenen Schleicher-Politik des Braunen Hauses nicht einverstanden sind.

In Halle verdrückte sich Hitler nach kurzem Aufenthalt wieder. Es gab große Unzufriedenheit in der SA. Hunderte von Arbeitern hatten Hitler am Sonnabend mit „Rot Front“ und Niedertrüben begrüßt. (Näherer Bericht im lokalen Teil.)

Reformistenverrat in Halle

Einen schändlichen Betrug haben die Gewerkschaftsbürokraten an den streikenden Kraftfahrzeugfahrern verübt. Man hat ihnen bei der Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit verschwiegen, daß die Unternehmer zu Bedingungen gemacht haben, nicht mehr alle einzustellen. Natürlich bleiben die besten Kollegen auf der Straße. Unter den Streikenden und den jetzt auf diese Weise Gemeinhetzten herrscht eine ungeheure Empörung, die sich am Sonnabend im Gewerkschaftssaal in sehr erregter Weise Luft machte. Wir kommen darauf zurück.

Die „Opposition“ der SPD im Lichte des Herrn Albert Bergholz und des „Volksblatt“

F. Halle, 19. Dezember.

Für die Sozialdemokratie kann es dieser Regierung gegen über nur eines geben: laßliche, aber scharfe Opposition! — So schreibt Albert Bergholz am Freitag im „Volksblatt“. Bergholz hat sich zwar Tag um Tag feige um jede Neuerung gedrückt, über die Anhemmung Schleichers durch Weipart in dem Interim, das Weipart dem Vertreter des Partier „Exceller“ gewährte. Aber Bergholz ist auch wieder mutig — er macht „scharfe Opposition“. Aber wie diese Opposition beschaffen ist, das bringt er in demselben Artikel ein paar Zeilen weiter oben zum Ausdruck. Da schreibt er darüber, daß er während der Rede Schleichers den Gedanken nicht los wurde, daß dieser Mann mit seinen schmerndbürtigen Verbindungen den Sturz der Hermann-Müller-Regierung vorbereite, weil er gegen deren Sozialpolitik war. Aber nachdem dieser letztere Fall einmal eintrat, daß Albert Bergholz einen Gedanken hatte, was nicht Albert aus diesem „Gedanken“ für einen Schluß? Er schreibt:

„Aber wir wollen nicht lange über Vergangenes reden, wo das Land der Gegenwart uns in die erdrückende, das heißt, werden wir schon dem Schleicher das billige Sturz der Müller-Regierung. Wer wird ihm auch so etwas nachtragen. Oder wie Weipart sagte: „Schleicher ist gar nicht so schlimm, wie ihn sich viele vorstellen.“ — Er ist gar nicht so gefährlich, man kann ihn direkt tolerieren, er soll mal zeigen, was er kann.“ Denn, so schreibt Bergholz, in den nächsten Wochen und Monaten wird das Programm der Schleicher-Regierung die Feuertaube zu bestehen haben.“

Also, Arbeiter, seht zunächst ruhig zu, was Schleicher sein Programm durchführt, man wird schon sehen. Dabei trifft sich Albert Bergholz mit dem „Volksblatt“, das die „Opposition“ gegen Schleicher ähnlich aufweist wissen will und dem die „Sächsische Zeitung“ ins Stammbuch schreibt:

„Die Sozialdemokraten predigen zwar Kampf. Aber die freien Gewerkschaften haben zu viel Tüden in die Reichskasse geipen

Neues Verbot!

„Völkischer Volksblatt“ auf 5 Tage verboten

Verboten aus Erfurt: Der Oberpräsident der Provinz Thüringen hat die Erfurter kommunistische Tageszeitung „Völkischer Volksblatt“ auf 5 Tage verboten. Arbeiter protestierten gegen Verbot und Briefe kamen in allen Betrieben und Schulen! Sendet Protestresolutionen und Delegationen zu benachbarten Stellen, laßt Kampfbüchlein!

nen. Das hat unersprechbare Auswirkungen auf die Spieltheorie... Das ist die 'Sonne' (Zeitung) vom 17. 12. 32.

Was liegt ihr dazu, SPD-Mitglied? Wer Behaglich trifft sich da nicht mit dem 'Volksblatt'. Er trifft sich auch mit der SPD. Die SPD ist die Arbeiter-Zeitung...

Man soll das nicht auf die letzte Wajfel nehmen. Schleicher Aufbaupläne werden (weiter)... Und dann werden Uraruben kommen. Und dann - wird er doch das Schwert bringen!

Der Kern all dieser Ausführungen im 'Volksblatt' im 'Volksblatt' und in der 'SPD' ist: Die Arbeiter sollen nicht unmittelbar in den Parteien, Gewerkschaften und Kampfgruppen...

Einem besonderen Platz belohnen die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der diesen Parteitag festlegte...

Wir geben der Schleicher-Regierung keine Bewährungsfrist. Wir rufen die Arbeiter in den Reihen und an den Stamptischen heute zum Kampf gegen Hunger und Frost gegen Lohnabbau...

Der Revisionist Bernstein gestorben

Am Sonntag nachmittag ist Eduard Bernstein im Alter von 83 Jahren in Berlin gestorben. Bernstein, der zur Zeit des Sozialistengesetzes zur Sozialdemokratie kam...

An der sozialdemokratischen Partei der Krieges- und Nachkriegszeit ist der Bernsteinismus zerfallen. In der letzten Zeit trat Bernstein selbst wegen Erkrankung nicht mehr hervor.

Kommunisten! RGO-Mitglieder!

Diskutiert mit den Kollegen der SPD und des ADGB über diese Tatsachen! Sorgt für einen Massenvertrieb der morgigen Nummer des 'Klassenkampf'.

Wir stellen die Schleicher-Stücken Nazis und SPD müssen zur Reichstageseinberufung Farbe bekennen

Der Vorkonvent des Reichstages wird am heutigen Montag nachmittag zusammenberufen. Nazi-Boerger hat nun langem Jögere diese Sitzung einberufen müssen.

Die Schleicher-Regierung ist nicht gewillt, die minimalen Winterbeihilfen, die der Reichstag und der Haushaltsausgleich beschlossen haben, zu bewilligen.

Die 'Weihnachtsgeschichte' des Generals

Republikhaushaltgesetz in neuer Auflage - Was die Regierung unter Winterhilfe versteht

Das Kabinett Schleicher hat in der Sonnabend-mittag-Tagung neue Maßnahmen beschlossen. Rost beschloss, für heute oder morgen ein Verordnung des Reichspräsidenten mit dem Titel 'Zur Förderung des inneren Friedens' erlassen.

Neue Lohnabbaupläne über...

Wehrt euch! Erobert den alten Lohn zurück!

Die Lohnabbaupläne der Unternehmer werden immer zahlreicher. Die Lohnkürzungen im Bauergewerbe für die Besetze 21. 12. 32...

Auch aus dem Halle'schen Bezirk werden neue Vorstöße gemeldet: Hoheneißlich; Petrich Klüger u. Klee (80 Mann Besetzung)...

Triumphierend verkündete die SPD-Presse, die Tarifhöhe... im Lohnabbauplan gegen die Verbilligung geplant.

leiner wieder hergestellt. Die bürgerliche Presse (öffentliche) verurteilt Schleicher unter der Herr Schleicher...

Dieser Kampf zu organisieren, das ist die Aufgabe der Arbeiterpartei. In allen Betrieben, die von der Tarifhöhe betroffen sind...

Wegen eines Brotes erschossen

Der arbeitslose Seemann Albert Rückert in Hamburg von Polizeikugeln niedergeschossen. Protestiert auf allen Kumpelstellen, in allen Betrieben gegen die Erziehung Hungernde.

Am Sonnabend ammelten sich hungernde Arbeiter in den Straßen des Hamburger Hafenviertels. Am Stubbenhude wurde die Polizei des sozialdemokratischen Präsidiums...

Lebensmittelgeschäft einbrachten. In der Wulfer- und Benderstraße gegen die Polizei mit Schrottschüssen gegen die Demonstranten war.

Die Generalife A beschloß den Proteststreik wegen des Polizeivorgehens in Hamburg.

„Goldener Sonntag“ - Hungertontag

(Ein. Drahtf.) Berlin, 19. Dezember. Am „Goldenen Sonntag“ kam es in Berlin zu sehr ausgedehnten Hungerdemonstrationen.

In Halle war die Polizei den ganzen Nachmittag mit den Demonstrationen beschäftigt. In der Wulfer- und Benderstraße gegen die Polizei mit Schrottschüssen...

In Halle war die Polizei den ganzen Nachmittag mit den Demonstrationen beschäftigt. In der Wulfer- und Benderstraße gegen die Polizei mit Schrottschüssen...

Aus Bonn meldet das WZB am 17. Dezember: Die Demonstranten wendeten sich am 17. Dezember gegen den Schließen der Winterhilfe verhandelte, versammelten sich auf dem Hauptplatze...

'Volksblatt' schimpft über 'Kohlenräuber'

- aber weder kirchlicher Terror noch sozialdemokratische Verleumdungen können die Dunkelheit zum Schweigen bringen

Der 'Klassenkampf' berichtete am Freitag über die Verhandlungen, die im Preussischen Landtag zur Stilllegung der Grube Schöhen und zu den Reueigentümern der Mansfeldbetriebe geführt wurden.

Kohlen von den überflüssen Halben holen, als Kohlenräuber bezeichnet. Wenn die Regierung nicht gewillt ist, die Beihilfen, die die 'Kohlenretter' gefordert hat...

Die Kommunisten, die die Einberufung des Reichstages auszusagen erlangen haben, werden nicht in der Lage sein, in ihrem Kampf um die Winterbeihilfen für die Erwerbslosen...

Socialdemokratische Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder! Was das Blatt eurer Partei sagt. Das 'Volksblatt' ist die Partei der Arbeiter und Arbeitslosen...

Die Morgenblätter melden, daß die Nazis gegen die Reichstageseinberufung stimmen werden.

Wir mir hören, haben einige sozialdemokratische Arbeiter suchen auf der 'Volksblatt'-Reaktion anständig die Regierung über die Verunglimpfung ehrlicher Arbeiter.

Winterhilfe eingestellt

Im Zittauer Kreis war die Auszahlung einiger Hungerpenne an die Erwerbslosen beschlossen worden.

Regierungsbildung in Frankreich

Boncour-Regierung

Wie bereits mitgeteilt ist, nachdem C. Hautemps nicht zustande gekommen hat, der frühere Sozialdemokrat Boncour mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

Die Regierungsbildung ist endlich zustande gekommen. Die Regierungsbildung ist endlich zustande gekommen.

Winterhilfe eingestellt

Am Zittauer Kreis war die Auszahlung einiger Hungerpenne an die Erwerbslosen beschlossen worden.

Die Regierungsbildung ist endlich zustande gekommen. Die Regierungsbildung ist endlich zustande gekommen.

Vertical text on the far right edge of the page, including fragments of other articles and advertisements.

Massenstreik in der Tschechoslowakei

Generaler Solidariitätskampf im Kössiger Revier zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter

Prag, 16. Dezember. Nach dem Beschluß des Masseneinheitskampfes der Bergarbeiter einen Generalstreik durchgeführt, nachdem der Kampf in fast allen Betrieben die Arbeiter in die Arbeit niedergezogen und sich auf vier großen Kundgebungen versammelt, die Arbeiter des Elektrizitätswerkes in ihren Beschäftigten auf Teilnahme an dem Generalstreik nicht eingewilligt, da sie durch ein großes Geldverdienenaufgebot zur Arbeit gezwungen wurden. In einem Metallbetrieb wurden die Arbeiter nicht aus dem Betrieb gelassen und der Betrieb von Generalstreikern bewacht.

Nur den Betriebsbesitzern beteiligten sich an dem Generalstreik die Arbeiter, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden.

Der französische Imperialismus erklärt:

Verfallener Vertrag bleibt unberührt

Eine Denkschrift der französischen Regierung zum Genfer Rüstungskompromiß

Paris, 16. Dezember. Wenige Tage genügt, um zu zeigen, dass das Genfer Rüstungskompromiß die Gegenseite unter den westlichen Staaten in keiner Weise abgeändert und das allgemeine System nicht angefaßt hat. Die Agentur Havas vertritt eine Antwort halbamtlichen Charakters auf die Auslegung, die von deutscher Regierungsseite dem Genfer Abkommen gegeben wurde. In dieser Antwort heißt es:

Das Abkommen der fünf Mächte lasse die Gleichberechtigung innerhalb eines allgemeinen Sicherheitsplans zu. Die Gleichberechtigung sowohl wie die Sicherheit seien aber Endziel und Hauptgegenstand der Konferenz. Wie die Durchführung der Gleichberechtigung zu handhaben sei, wird erst im Verlauf der Rüstungskonferenz festgestellt werden. Weiter erklärt die französische Regierung, dass die Genfer Entscheidung Folge in ihren wesentlichen Punkten der konkratischen Sicherheitsplan der französischen Regierung, von einer Revision des Verfallenen Vertrags könne überhaupt keine Rede sein. Teil 5 dieses Abkommens würde erst aufgehoben werden, wenn das allgemeine Abkommen, das an seine Stelle treten soll, durch Unterzeichnung der Rüstungskonferenz sämtlicher Unterzeichner des Verfallenen Vertrags rechtskräftig geworden sei. Das Genfer Abkommen enthalte Grundgedanken des französischen Sicherheitsplanes und der Erklärung des englischen Außenministers Sir John Simon.

Die Stellungnahme der französischen Regierung zum Genfer Abkommen behauptet vollinhaltlich unsere Voraussetzung, daß das Genfer Abkommen das Verfallene Diktat noch vertritt, wobei allerdings die Gegensätze zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus nicht abgemildert sind. Die letzten Erklärungen der französischen Regierung zeigen ganz klar, daß der französische Imperialismus nach wie vor seine Politik der Rüstungspolitik verfolgt. Diese Gegensätze werden zu einer Verschärfung imperialistischer Rüstungskonflikte führen, während aber die Gefahr, daß die deutsche Rüstungspolitik zur Erzeugung der Rüstungskonflikte ihre Dienste für die Antilagen der französischen Rüstungspolitik nicht aufhört als bisher anbietet. Es erhofft sich das Genfer Abkommen als eine weitere Gewähr der Wertigkeiten Deutschlands und Frankreichs, deren eigene Kraft allein das Verfallene Diktat vernichten und den imperialistischen und Kriegsstellungen der imperialistischen Welt ein Ende bereiten kann.

Nazis mit Schleier für Genfer Abkommen

Wah die Nazis bemühen sich, die Wertigkeiten über den Charakter des Genfer Abkommens zu betriegen, und es so

legieren hatten die Nazis geschlossen. In allen Schulen des Reiches führten die Hitlerjugend einen Schulstreik durch. Gegen den Terror im Elektrizitätswerk demonstrierte die Arbeiterklasse des Reiches dadurch, daß sie einen einseitigen Lichtstreik durchführte. In den vier Kundgebungen beteiligten sich gegen 5000 Personen. Überall wurden die Ausführenden der Vertreter der Zentralen Streikleitung und der Kassenvereinigungen, wie auch der Vertreter der Kleinbauern und Gewerbetreibenden mit förmlichem Beifall quittiert. In der angenommenen Resolution wird die sofortige Ausrückung des Rohmaterials der Kohlenbarone gefordert und gedroht, daß, falls binnen einer Woche dieser Forderung nicht nachgegeben wird, der Marsch des ganzen Reiches nach Brünn organisiert wird. Überall wurden MassenDemonstrationen gewährt, die in den nächsten Tagen an den Behörden vorzusprechen werden.

darzustellen, als sei durch dieses Abkommen das Verfallene Diktat beseitigt. So schreibt der „Völkische Beobachter“ vom 16. Dezember in einer Betrachtung des Genfer Abkommens: „Trotzdem ist es richtig, daß Deutschland wieder nach Genf geht, nachdem es dort eigentlich als Sieger unter Gleichen (1) aufzutreten kann.“

„Wir sind weder Gläubiger Deutschlands noch Schuldner Amerikas“

Erklärungen des Genossen Perri in der französischen Kammer

Im Namen der kommunistischen Kammerfraktion gab der Genosse Perri folgende Erklärung zur Kriegsschuldfrage ab: „Wir Kommunisten erklären hier: Die französischen schaffenden Volksmassen haben nicht unterzogen, sie haben nicht an Kriegsschulden an Amerika zu zahlen, sie haben den Krieg nicht gewollt, sie zahlen nicht! Der mit den 500 Millionen zur Unterstützung der Arbeitlosen in Frankreich! Wenn die amerikanische Regierung heute erklärt, daß das Kriegsschuldenabkommen zwischen ihr und Frankreich unanfechtbar bestehen bleibt und Frankreich zahlen muß, so führt sie nur dieselbe Sprache, die Frankreich seit 13 Jahren mit Deutschland führt.“

Massendemonstration der Erwerbslosen in Schweden

Stockholm, 17. Dezember. Gestern demonstrierten unter Führung der Kommunistischen Partei über 3000 Erwerbslose in Göteborg. Sie verlangten vom sozialdemokratischen Ministerrat eine besondere Arbeitsbeschäftigung von 60 Kronen je Mann, sowie Verteilung von Kleibern und Wäsche an die Erwerbslosen und ihre Familienangehörigen.

Der erste kommunistische Bürgermeister in den Vereinigten Staaten

Neuport, 17. Dezember. In Crosby (Staat Minnesota) wurde zum ersten Male in den Vereinigten Staaten ein kommunistischer Bürgermeister gewählt. Der zum Bürgermeister gewählte Kommunist ist ein junger Bergarbeiter der dortigen Mangangruben. Crosby ist nämlich das Zentrum der Manganindustrie der Vereinigten Staaten.

Abwehr von Nazi-Streikbrechern im österreichischen Bergarbeiterstreik

Wien, 17. Dezember. Die Streiklage in Grünsbach hat sich durch die Streikbrecherwerbung durch Nazis und Heimweh verschärft. Am Mittwoch kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Ein Ueberfallauto hielt die ganze Nacht hindurch die Arbeiterkolonie besetzt. Das tatkräftige Vorgehen der Streikenden hat aber die Direktion veranlaßt, am folgenden Tage keine Streikbrecher mehr einzufahren zu lassen.

Kommunistische Zerlegung in der polnischen Armee

Neue Kerkerstrafen gegen Soldaten

Warschau, 16. Dezember. Immer häufiger werden die Prozesse gegen polnische Soldaten, die der kommunistischen Propaganda in der Armee angefallen sind. Nachdem erst kürzlich in Warschau ein solcher Prozeß stattgefunden hat, fanden jetzt vor dem Militärgericht in Polen sechs Infanteristen des 57. und 58. Infanterieregiments unter der Anklage kommunistischer Agitation. Das Militärgericht verhängte über die Soldaten ungewöhnliche Kerkerstrafen von 2 bis 6 Jahren.

Wenn wir uns nun gegen die Kriegsschuldenzahlungen aussprechen, so soll das nicht heißen, daß wir einen Unterschied machen zwischen Kriegsschulden und Reparationsleistung! Wir sind gegen die einen wie gegen die anderen, weil beide nur das schaffende Volk verflauen und verarmen und die Finanzleute bereichern! Wir sind weder Gläubiger Deutschlands noch Schuldner Amerikas! Wir fordern erstens die Annullierung aller Reparations- und Kriegsschuldenverträge und verlangen die 500 Millionen Franken zur Unterstützung der Arbeitlosen!“

Neuer Aufstand gegen Japan in der Mandschurei

Peking, 16. Dezember. Die Zeitung „Dabun-Pao“ teilt mit, daß an der südlichen Linie der chinesischen Ostbahn ein neuer Aufstand ausgebrochen ist. 6000 Aufständische hätten angeblich die Bahnstation Jaomyn an der südlichen Linie der chinesischen Ostbahn besetzt.

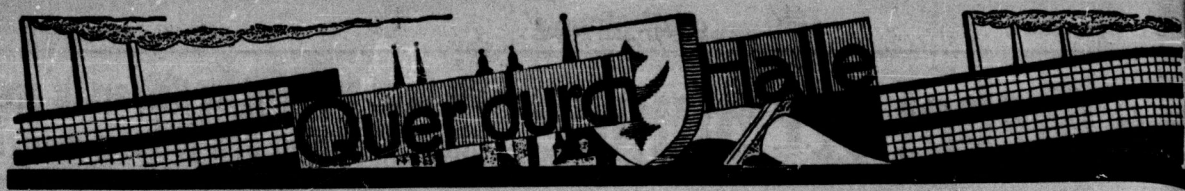
Das Rote Hai-Feng

... (Text continues with a story or report, partially obscured by the image on the left) ...

nicht mehr als vier, fünf Menschen am Gespräch beteiligt, die übrigen hörten nur zu. Doch war auch das schon ein bedeutender Fortschritt. In den folgenden zwei Wochen suchte ich jeden Tag den Tempel auf. Zulezt nahmen mindestens zehn Bauern aktio am Gespräch teil, während die Zahl der Zuhörer bis auf vierzig stieg. Als ich eines Abends auf dem Rastplatz saß, durch die Gemüsgärten ging, fiel mir auf, daß die Kaufleute, die mit unterwogen besetzten, mich unermüdet anhielten. Zu Hause erfuhr ich, daß viele Bauern das Gespräch mit mir nicht sonderbar vor. Doch ließ das Rätsel die Lösung nicht lange auf sich warten. „Es war“ besser, Ihr bittet zu Hauß, junger Herr!“ sagte mir einer anderer Tagelöhner. „Warum?“ fragte ich verblüfft. „Ja, die Leute meinen, Ihr hättet einen Kranz. Ihr solltet Euch auszeichnen lassen.“ Damals lachte ich darüber. Später erfuhr ich, daß es die Bürger von Hai-Feng waren, die Gerüchte über meine Krankheitsausprägung und zwar nicht ohne Erfolg. Selbst unter den Bauern schenken manche diesen Gerüchten Glauben und wägen mich schon aus. Doch letzte ich meine Werbarbeit fort. Eines Tages führte ich den Bauern die Notwendigkeit, sich zu vereinigen, zu Gemüte. „Wenn die Bauern sich vereinigen, werden sie eine Ermächtigung des Pädizins durchsetzen können. Die Grundherren werden ihnen keinen Widerstand zu leisten wagen. Die Erpressungen, Verdriigungen, Willkürakte werden ein Ende finden.“ Da fiel mir ein alter Bauer ins Wort. „Ist ja alles einfacher. Ja, wenn Du es bei Min-Che durchziehen kannst, daß er uns den rückfälligen Pädizins erlöst — dann werd' ich Dir glauben, daß Du uns nicht betrügst.“ (Min-Che, ein Verwandter von mir, war Kaufmann und Grundbesitzer.) Eben wollte ich ihm antworten, da mischte sich ein junger Bauer, der neben mir lag, ins Gespräch. „Da hast Du aber unrecht, — sagte er zu meinem Segnet gewandt. — Du bestest Min-Che's Vater. Wenn er Dir nun den Pädizins ermäßigt, so müßt das Dir allein, was habe ich denn aber davon? Ich bin ja nicht sein Pächter. Es geht also nicht darum, das was zu erhöhen, sondern darum, daß wir uns organisieren können“

über nicht. Es handelt sich nicht um Dich allein, sondern um uns alle, um die Mehrheit.“ Ich war sehr froh, als er den Alten abfanzelte. Ich fragte den Jungen nach seinem Namen und forderte ihn auf, mich abends zu besuchen. Er kam auch wirklich und wir unterhielten uns. „Ich und die anderen Jungs“, sagte er, „wir streiten uns nach Ihren Reden jedesmal mit den anderen herum, die nichts von der Sache verstehen. Sie haben alle Angst, daß Sie bloß aufgehoben. Wir Jungs aber, wir stimmen Ihnen ja in allem bei.“ Ich fragte, wer die Jungs denn wären. „Ich es sind viele da — Lin-Pei, Lin, Chuan, Li Lao-San, Li Yu-San — lauter gute Freunde von mir.“ „Da könnte man doch mal zusammenkommen und miteinander reden. Rauf und hole sie, ich werde unterdessen Tee kochen.“ „Wird gemacht.“ Ich ludte Tee. Bald brachte Tschan-Ma-Min seine Freunde, lauter junge Bauern, kleiner aber drehtig, recht aufgeweckt in ihren Reden und Gedanken. Wir machten es uns gemütlich, ich brachte das Gespräch über die Bauernbewegung und begann da, wo es mich am meisten zwickte. „Tag für Tag gehe ich auf Werbarbeit aus — und doch beachten die Bauern meine Worte nicht. Sie wollen nicht mit mir reden. Was ist da zu machen?“ wandte ich mich an die anderen. — „Der Grund“, erwiderte Lin-Pei, „ist, daß die Bauern keine Zeit haben, der andre — daß Ihr zu gebildet redet, ich verstehe Euch bisweilen auch nicht. Und dazu habt Ihr keine guten Bekannten unter den Bauern. Das beste ist wohl, wir gehen mal abends zusammen hin, so sagen ihnen, wenn sie im Dorfe nicht wissen, wie sie ihre freie Zeit verbringen sollen. Ihr müßt Euch aber Mühe geben, recht einfach zu reden.“ Ich merkte, ich hatte es mit verständigen Leuten zu tun. „Eines nach — lagten sie mit Nachdruck. „An die Religion dürft Ihr unter keinen Umständen rühren, wenn Ihr im Dorfe Propaganda treibt.“ Ich überließ ihnen den nicht. „Wie wird es, wenn wir nicht damit anfangen, einen Bauernbund zu bilden?“ fuhr Li-Lao-San fort. (Fortsetzung folgt.)





Nieder mit dem Faschismus! — Halle bleibt rot

So wurde der „Führer“ in Halle empfangen — Beileistimmung in den Nazireihen — Es war nichts mit dem Fahnensturm

„Wenn heute dem Führer auf allen Straßen Begeisterung entgegengebracht wird, wenn dicke Menschenmengen wieder die Straßen füllen, um ihn zu begrüßen, so ist das ein Befehl und ein Gebotnis zugleich: Die Gau Halle-Weißenburg steht auch weiterhin im Zeichen des Vaterkreuzes.“

(Aus dem Begrüßungsartikel der „Mittel-deutschen National-Zeitung“ vom Sonnabend, dem 17. Dezember.)

Es ist wieder einmal etwas anders gekommen, als es sich die Jordan, Bachmann, Stöckel und Genossen gedacht haben. Der Aufmarsch der Hallischen Arbeiterkräfte vor den letzten Reichstagswahlen unter revolutionären Losungen als „E“ die Stadt Halle mit seinem Auftreten bestieg, der Verlust von rund 12.000 Stimmen allein in Halle selbst, die überall zum Vorzeichen kommende Zerstörung im Kaslager hätten doch schon müssen erschütternd wirken.

Aber angesichts der obigen Belegen tritt die Rolle des Reichstages in Halle um so deutlicher hervor. Nichts war von der von der NSDAP angeforderten Freilassung mit Vaterkreuzfahnen zu bemerken. Nirgend

den Straßen, abgesehen vom Königsplatz vor dem Stadtschützenhaus, hatten sich die Menschenmassen aufgestellt, um den „Führer“ zu begrüßen, der von keinem einzigen Parteigenossen als von Größe und Macht besessen bezeichnet wurde. Die ganze Anwesenheit erhielt sich dadurch kein anderes Bild, doch er, wie er in seinen „Gedanken“ zum Ausdruck gebracht worden ist.

Vor dem Eingang zum Stadtschützenhaus, auf dem Königsplatz, hatten sich in den Minuten wenige hundert Menschen angesammelt. Für 1/2 Uhr war das Erscheinen Hitlers angekündigt. Es wird 1 Uhr, es wird 2 Uhr! Stundenlang wartet es vergeblich, der Verkehr zu regeln, was auch ohne Mühe gelingt. Überall in den Menschenmassen sind eifrige Diskussionen im Gange, bei denen die Vorgänge im Kaslager eine besondere Rolle spielen. Eifrige Duellen in den Straßen um das Stadtschützenhaus aufgestellten Autos, darunter viele hübsche Luxuswagen, geben dem Bild den gewohnten Rahmen.

Auch die „Leinen Leute“, wenigstens doch der noch verbleibende Teil, wollen doch nicht verfehlen, dabei zu sein, wenn Er spricht. Endlich, gegen 4 1/2 Uhr, kommt im schneefreien Tempo ein veredelter Wagen an, der vor dem Stadtschützenhaus hält und

Wird überall so vorbereitet

Die Jelle 4 im Stadtschützenhaus begrüßt die Genossen des „Klassenkampfes“ am 13. Januar anlässlich der 10-jährigen Gebiets-Weichung und Kampf gegen Versailles. Die Jelle bleibt ein Jammer, daß jeder Genosse 10 Zeilen an den umlegt.

Wie bestellen von dieser Sondernummer 200 Cg empfangen. Welche Jelle meldet die nächsten Reprinte? Die Jellekette

dem Hitler mit Befolge entseigt. Bevor er noch von seinen hängern begrüßt werden kann, läßt es aus Hunderten von „Nieder mit Hitler! Nieder mit dem Faschismus! Halle bleibt rot! Rot Front!“

Ammer tüchtigster können die Auf! Hitler muß auf der Straße stehenbleiben, müßt aber noch kurz und verlobt und nicht fern. Ein paar hübsch wirkende Nazisungen und alle die Freilassen ihr „Deutschland ermasse!“, begleitet von einigen zu Brautgebern, die die Anwesenheit der zahlreichen Polizei, nennend, die Hallischen Arbeiter zu provozieren versuchen. Möglich erweist die „Nieder mit Hitler!“, anstehend für überausenden Polizeilieferer das Signal, seinen Beamten das den zum Eingreifen zu geben. Nur gegen die Arbeiter, gegen Nazis haben wurde nichts unternommen. Ja, es hätte sich lohnen, als wenn sie Befehle gäben. Ein Arbeiter wurde sehr meil er gerufen haben sollte. Er wurde aber später wieder loslassen.

Eine Stunde später war das Theater vorüber. Es verurteilt worden, daß Hitler in dieser Veranstaltung ein Programm für die Arbeit der nächsten Zeit vorzutragen müßte sollte zu der Politik im Reich und in Freuen Stellung genann werden. Alles in einer Stunde? Um 1/2 Uhr verließ über geschlagene Felder, das Stadtschützenhaus in einem prächtigen Wagen aus der nach der Freilassung gelegenen Einleitend lag noch eine Reihe in der Luft und keuchte von seiner Seite her, aber das saum am Beginn gelegen haben.

Schon in der Zeit von 5 Uhr ab schienen die Umsonsten ihren Adianten, angetan mit den Notverordnungsmittel, französischer Kämpfe, durch die Straßen. Wie brave Bürger sie in kleinen Truppen über den Weichungsmarkt. Wie alle ersten Schichten betrogen Proleten, die im innern schon zu beginnen, aber noch nicht den Mut, die Kraft aufbringen können mit dem ganzen Spud auszuräumen. Diese Schichten müßte die rote Klassenfront zu gewinnen, die große Aufgabe, bei allen revolutionären Arbeitern steht.

Bestehen in Halle besondere Notverordnungen?

Proletarische Kulturveranstaltungen verboten — erlaubt — verboten! / In Dresden und Leipzig die gleichen Vorträge gestattet

Proletarische Organisationen, die Arbeiterjünger, die Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur, Bund der Freunde der Sowjetunion und die Kampfgesellschaft für rote Sportlichkeit hatten beabsichtigt, in Form einer proletarischen Kulturwoche einige Veranstaltungen für die Bevölkerung von Halle durchzuführen. Alle Vorbereitungen waren getroffen. Die Plakate waren hergestellt, die Säle festgemacht, die Mitwirkenden auf die Veranstaltungen eingeteilt.

Und in letzter Minute, am Montag voriger Woche, kam vom Polizeipräsidium die Nachricht, daß alle in der proletarischen Kulturwoche vorgesehenen Veranstaltungen verboten wären.

der Vortrag beanstandet. In Halle war aber schon zu viel, daß in der Anmeldung gesprochen wurde von einem „Bericht über eine Arbeiterkulturwoche“. Das Wort „Arbeiter“ war anständig und doch nicht in der ganzen Richtung und deshalb erfolgte das Verbot.

Proletarische Kultur! Wir wissen, daß die Bourgeoisie gerade die Beibehaltung der Arbeiterklasse auf kulturellem Gebiet mit größtem Haß verfolgt. Nicht umsonst erfolgte das Verbot der Freideutscherorganisation und die fortgesetzte Verfolgung und Behinderung von Funktionären wegen angeblicher „Führung“ der vornehmen Gewerkschaft. Das Vorhaben des Polizeipräsidiums in Halle gegen die proletarische Kulturwoche ist deshalb fassend. Und trotz allem wird auch dieses Vorhaben niemals insandte sein, dem Wordingen der Arbeiterschaft Einhalt zu gebieten. Um so mehr wird die Arbeiterschaft sich zusammenschließen in dem Kampfe gegen das kapitalistische System, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die erst die volle Freiheit auf kulturellem Gebiet sichern wird.

dem Hitler mit Befolge entseigt. Bevor er noch von seinen hängern begrüßt werden kann, läßt es aus Hunderten von „Nieder mit Hitler! Nieder mit dem Faschismus! Halle bleibt rot! Rot Front!“

Ammer tüchtigster können die Auf! Hitler muß auf der Straße stehenbleiben, müßt aber noch kurz und verlobt und nicht fern. Ein paar hübsch wirkende Nazisungen und alle die Freilassen ihr „Deutschland ermasse!“, begleitet von einigen zu Brautgebern, die die Anwesenheit der zahlreichen Polizei, nennend, die Hallischen Arbeiter zu provozieren versuchen. Möglich erweist die „Nieder mit Hitler!“, anstehend für überausenden Polizeilieferer das Signal, seinen Beamten das den zum Eingreifen zu geben. Nur gegen die Arbeiter, gegen Nazis haben wurde nichts unternommen. Ja, es hätte sich lohnen, als wenn sie Befehle gäben. Ein Arbeiter wurde sehr meil er gerufen haben sollte. Er wurde aber später wieder loslassen.

Eine Stunde später war das Theater vorüber. Es verurteilt worden, daß Hitler in dieser Veranstaltung ein Programm für die Arbeit der nächsten Zeit vorzutragen müßte sollte zu der Politik im Reich und in Freuen Stellung genann werden. Alles in einer Stunde? Um 1/2 Uhr verließ über geschlagene Felder, das Stadtschützenhaus in einem prächtigen Wagen aus der nach der Freilassung gelegenen Einleitend lag noch eine Reihe in der Luft und keuchte von seiner Seite her, aber das saum am Beginn gelegen haben.

Schon in der Zeit von 5 Uhr ab schienen die Umsonsten ihren Adianten, angetan mit den Notverordnungsmittel, französischer Kämpfe, durch die Straßen. Wie brave Bürger sie in kleinen Truppen über den Weichungsmarkt. Wie alle ersten Schichten betrogen Proleten, die im innern schon zu beginnen, aber noch nicht den Mut, die Kraft aufbringen können mit dem ganzen Spud auszuräumen. Diese Schichten müßte die rote Klassenfront zu gewinnen, die große Aufgabe, bei allen revolutionären Arbeitern steht.

Allem Anschein nach hat schon das Wort „Proletarische Kultur“ die höchsten Behörden angeheit und zum Verbot Anlaß gegeben. Es wurde verhandelt. Die Vorstände der in Frage kommenden Organisationen konnten erreichen, daß das Verbot in bestimmten Grenzen zurückgezogen wurde. Vor allem wurde gefordert, daß die einzelnen Organisationen nur jede für sich die Veranstaltung durchführen dürfen, daß unter allen Umständen davon Abstand genommen werden müßte, von einer proletarischen Kulturwoche zu sprechen.

Solidaritätsfische Gutenbergstraße 19

- Wochenplan vom 19. bis 24. Dezember
- Montag: Ruben mit Rindfleisch.
 - Dienstag: Weiße Bohnen mit Schweinefleisch.
 - Mittwoch: Kartoffeln, Eierfleisch, Schmelzfleisch.
 - Donnerstag: Weißkohl mit Zwiebeln.
 - Freitag: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
 - Sonnabend: Kartoffelsuppe mit Fleisch.
 - Erwachsenen! Kleinrentner! Besucht reichlich die Solidaritätsfische in der Gutenbergstraße. Die Küchenkommission.

Schlus mit den faschistischen Terrormaßnahmen

Eine Mitgliedsversammlung der Hülferkassenkommission der Stadtblitz Weiten, protestiert in einer einstimmig angenommen Entschliessung gegen die faschistischen Terrormaßnahmen über unsere Genossen Werlo Kitzelisch im Bezirk Mitrowitz in Jugoslawien verhängt sind. Die Kommission gefordert, alle Rechte abzugeben für die Bestätigung der proletarischen politischen Parteien in Serbien und zum Sturze der Weltbourgeoisie.

Infolge der Aufhebung des Verbots fanden am Dienstag im großen Saal des „Klosterpark“ zwei Veranstaltungen statt. Am Nachmittag waren über tausend Kinder erschienen, um einmal etwas anderes zu hören als ihnen sonst geboten wird. Kinderchor wirkten mit und zum Schluß sprach ein paar Worte der Genosse Hanns Eisler, der am gleichen Abend in einer überfüllten Versammlung als Dirigent der Arbeiterchorvereine von Halle wirkte und dabei die Bedeutung des revolutionären Arbeiterkampfes aufzeigte. Ueber diese beiden Veranstaltungen wurde am Donnerstag im „Klassenkampf“ ein kurzer Bericht veröffentlicht.

Dieser Bericht war dem Polizeipräsidium Anlaß, die für Freitag angelegte Veranstaltung des Bundes der Freunde der Sowjetunion sowie auch die für Sonntag vorgesehene Sportfundegebung der Kampfgesellschaft für rote Sportlichkeit erneut zu verbieten.

Am Freitag sollte Professor Erich Lorber, Leipzig, sprechen über das Thema: „Das neue Stadium in der Welt“. Bestimmt steht fest, daß die gleiche Veranstaltung am Sonntag, dem 11. Dezember, in einem der größten Säle Leipzigs stattgefunden hat, ohne verboten zu werden.

Einige Fragen an Reichsbannerarbeiter

Was ist mit der „beruflichen Arbeitsüberlastung“ des Vorstandsmitgliedes Zwachmann? Warum müßten Proleten mit zerrissenen Schulden laufen?

Belachen in Halle andere Notverordnungsbestimmungen als in Leipzig?

In der für Sonntag vorgesehene Sportfundegebung sollte ein Filmvortrag über eine Expedition von Naturfreunden nach dem Kaukasus vorgeführt werden. Die gleichen Vorträge haben in Dresden in jedem Fall stattfinden dürfen. In Leipzig war der Vortrag auch für Sonntag angelegt. Nirgend

Das „Volksblatt“ veröffentlicht am Freitag eine Zuschrift der „Pressefische des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß“, deren Inhalt sich mit dem Bericht beschäftigt, den wir am Mittwoch, dem 14. Dezember, im „Klassenkampf“ veröffentlichten. Es sollen Unwahrheiten gemeint sein! Eins ist richtig; die Funktionärerklärung hat nicht im „Volksblatt“, sondern am gleichen Tage und zu der angegebenen Zeit im „Gewerkschaftshaus“ stattgefunden. Es ist blöde, darüber zu freieren, ob es sich um eine vom „Klassenkampf“ angekündigte Erklärung handelte, wie im „Klassenkampf“ gesagt wurde, oder wie die Pressefische sagt, um eine Sitzung des Disziplinarvorstandes mit den Abteilungsleitern. Die Zuschrift sagt, daß in der Geschäftsführung des Disziplinarvorstandes Unregelmäßigkeiten vorgenommen wären, doch es sich bei den Abrechnungen nur um eine dienstverpflichtete Vorangegangene handelte, die nur wegen beruflicher Überlastung die Überlastung des Vorstandsmitgliedes verursachte wurden.

War dieses überlastete Vorstandsmitglied der Gewerkschaftssekretär Zwachmann?

Stimmt es, daß ein Kassierer aufgetreten ist, natürlich ein Prolet, der sich darüber beschwerte, daß er schon seit August von Zwachmann eine genaue Aufstellung über Eins und Ausgaben in der Kleiderbeschaffung geordert habe, ohne sie bis heute zu erhalten?

Stimmt es, daß ein Reichsbannerarbeiter seine zerrissenen Schuhe zeigte und sich dabei beschwerte, schon im August Stiefelgeld an Zwachmann abgeliefert zu haben, ohne die Stiefel bis heute zu bekommen?

Die Zuschrift der „Pressefische im „Volksblatt“ ist mehr als jamm erregend. Die „Entmündigung“ Klingt zu pathetisch um ernst genommen zu werden. Wir kennen die Methoden zur Genüge, mit denen die SPD-Bürokratie zu arbeiten versteht, um

die Schäfflein bei der Stange zu halten. Die Reichsbanner haben allen Anlaß, die hier aufgeworfenen Fragen allem Nachdruck weiter zu vertiefen und reichliche Klärung fordern. Am liebsten aber müßte auch unter den Reichsbannerproleten die Erkenntnis, daß sie auf die hohen Ämtern der Bürokratie nicht mehr hereinfallen dürfen, daß auch ihr Leben den Reichen der revolutionären Front ist, die sich den Faschismus, gegen den Kapitalismus zur Wehre gestellt hat.

Nazi-Betrüger als Streifenorganisator. Unter diesen veröffentlichten wir am Sonnabend einen längeren Artikel den korrupten Nazi-Weichungsorganisator Wolters als Vertretungsorgan wurde als Leiter der NSDAP in Weichung bezeichnet. Nach genauen Informationen ist bekannt, daß er in seiner Funktion und als NSDAP-Streifenorganisator die Gau Halle-Weißenburg, Anhalt, Magdeburg und Brandenburg leitete. Dies zur Klärung! (Die Red.)

Dem „Volksblatt“ zur Antwort

Nach wenigen Tagen Aufenthalt in Halle wiederholte sich bereits die alte Ehre, daß das „Volksblatt“ Recht von mir nimmt. Es teilt der launigen Mittelzeit mit, daß man mich „als LandesparteiSekretär in Würtembergs absetzte und ausgerechnet nach Halle verbannte“.

Was das „Volksblatt“ doch nicht alles weiß!

1. war ich nie LandesparteiSekretär, was ja schließlich die Stuttgarter Kollegen des „Volksblattes“ bei ihren Befannt zu am Beziehungen zur Polizei wissen müßten.

2. ist Halle vom Standpunkt revolutionärer Massenarbeit wichtiger als Stuttgart — ich fühle mich deshalb weder „abgesetzt“ noch „verbannt“.

3. Bei Kommunisten gelten andere Prinzipien für Parteiarbeiter als in der SPD, deren Bonen jahrelang auf einem Sessel liegen, die uns fett werden und immer „unabkömmlich“ sind.

4. Ich verpöchte dem „Volksblatt“ unverzöhnlichen Kampf gegen seinen Uppartischeleider, Politik und um so engere Verbindung mit der Arbeiter, den Klassengenossen der SPD und des KGB, die — dessen sind mir gewiß — sich auf die Dauer diese Verunglimpfung christlicher Arbeiterintentionen im „Volksblatt“ und die ganze Politik der SPD nicht mehr gefallen lassen werden und ihr den Rücken kehren.

Früh Rau.

Stimmt es, daß ein Kassierer aufgetreten ist, natürlich ein Prolet, der sich darüber beschwerte, daß er schon seit August von Zwachmann eine genaue Aufstellung über Eins und Ausgaben in der Kleiderbeschaffung geordert habe, ohne sie bis heute zu erhalten?

Stimmt es, daß ein Reichsbannerarbeiter seine zerrissenen Schuhe zeigte und sich dabei beschwerte, schon im August Stiefelgeld an Zwachmann abgeliefert zu haben, ohne die Stiefel bis heute zu bekommen?

Die Zuschrift der „Pressefische im „Volksblatt“ ist mehr als jamm erregend. Die „Entmündigung“ Klingt zu pathetisch um ernst genommen zu werden. Wir kennen die Methoden zur Genüge, mit denen die SPD-Bürokratie zu arbeiten versteht, um

Metallarbeiter des DMV, Bezirk Südwest

Morgen Dienstag, den 20. Dezember, 20 Uhr, im Reuher, Bejener Straße, wie Versammlung.

Einladung zur Besprechung der Mitglieder des DMV.

Bronnweiler: Franz Ried, Straße 4, C. Nr. 6, der bei gerufen Klara G. Ried, Straße 4, C. Nr. 6, der bei gerufen

Um die Amnestie betrogen

27 Antifaschisten zu 276 Jahren Zuchthaus verurteilt



Ferdinand Baril, Chemnitz
Todesurteil



Paul Schmidtke, Berlin
10 Jahre Zuchthaus

- Oswald Höppner, Hamburg 12 Jahre
- Emil Schmidt, Dresden 12 Jahre
- Franz Hilbrand, Altona 12 Jahre
- Paul Schmidtke, Berlin 10 Jahre
- Walter Püschel, Berlin 10 Jahre
- Litur Popper, Berlin 10 Jahre
- Karl Berger, Berlin 10 Jahre
- Martin Heil, Kaiserslautern 10 Jahre
- Peter Schlabach, Duisburg 10 Jahre
- Rudolf Lukasek, Duisburg 10 Jahre
- Erich Maronde, Köslin 10 Jahre
- Walter Höck, Köslin 10 Jahre
- Hans Seemann, Köslin 10 Jahre
- Paul Derlich, Dönabrick 10 Jahre
- Abam Keiß, Nürnberg 10 Jahre
- Johann Nagel, Nürnberg 10 Jahre
- Ludwig Winkelmann, Nürnberg 10 Jahre
- Abam Hein, Nürnberg 10 Jahre
- Andreas Eynödt, Nürnberg 10 Jahre
- Georg Wein, Nürnberg 10 Jahre
- Karl Nieger, Altona 10 Jahre
- Otto Junker, Verden (Aller) 10 Jahre
- Karl Hartgo, Verden (Aller) 10 Jahre
- Otto Mölle, Verden (Aller) 10 Jahre
- Albert Peters, Greifswald 10 Jahre
- Paul Pehrent, Greifswald 10 Jahre
- Karl Klein, Gladbach-Nehdf, 10 Jahre



Emil Schmidt, Dresden
12 Jahre Zuchthaus



Oswald Höppner, Hamburg
12 Jahre Zuchthaus



Peter Schlabach, Duisburg
10 Jahre Zuchthaus



Walter Püschel, Berlin
10 Jahre Zuchthaus



Otto Junker, Verden (Aller)
10 Jahre Zuchthaus



Otto Mölle, Verden (Aller)
10 Jahre Zuchthaus



Karl Berger, Berlin
10 Jahre Zuchthaus

Für alle 9000 die Freiheit!

Ämlich wird mitgeteilt:

„In der Bevölkerung sind auch neuerdings von verschiedener Seite Hoffnungen auf eine umfassendere Amnestie erwacht worden. Die Reichsregierung erklärt, daß eine Amnestierung politischer Straftaten in schroffstem Gegensatz zu ihrer mit den neuen Verordnungen verfolgten Absicht steht, politische Gewalttaten unnachlässig mit den schärfsten Maßnahmen zu bekämpfen. Sie wird diesen Standpunkt jedem etwa auftauchenden Wunsch nach einer Amnestie mit Nachdruck entgegenstellen.“

Diese offizielle Mitteilung der Regierung Papen war als Kommentar dem Erlaß der Terrornotverordnung vom 9. August hinzugefügt worden.

Genau vier Monate später mußte die Regierung einer Amnestie ihre Zustimmung geben, die im strikten Gegensatz steht zur Erklärung Papens im August dieses Jahres.

Die Stellungnahme Papens wurde damals fast von der gesamten Presse Deutschlands gutgeheißen. Wenn heute der Sozialdemokrat Löbe im „Vorwärts“ die Amnestie auf das Konto der SPD zu buchen sucht, so seien die sozialdemokratischen Arbeiter an die Stellung der sozialdemokratischen Presse vor vier Monaten erinnert. Es war gerade das frühere Organ Löbes, die schlesische „Volks-wacht“, die am 11. August die Terrornotverordnung und die Stellungnahme der Regierung mit folgenden Worten begrüßte:

„Endlich, nach langem Zögern, das in keiner Weise zu verantworten war, hat die Reichsregierung Papen sich zu energischen Maßnahmen aufgerafft, um die unter ihrem Regime elgerissenen scheußlichen Zustände zu bekämpfen.“

Das ist nur eine Probe jener Hilfsstellung, die die sozialdemokratischen Führer dem Papen-Regime und ihrer wütenden Stellungnahme gegenüber jeder Amnestie entgegenbrachten.

Wenige Wochen zuvor hatte die sozialdemokratische Preußenregierung unter Mißachtung der mit Mehrheit gefaßten Amnestiebeschlüsse im Preußenparlament mit allen Mitteln die Amnestie hintertreiben. Ja mehr noch. Unmittelbar bevor die Amnestie im Reichstag angenommen wurde, erklärte der sozialdemokratische Ministerialdirektor Neuroth als Vertreter der hessischen sozialdemokratischen Regierung und höchster Beamter im hessischen Justizministerium vor dem Plenum des hessischen Landtages:

„Wir werden den vorliegenden Amnestiegesetzentwurf bei Annahme nicht durchführen. Die Gerichte sind stets bemüht, das Recht zu finden.“

Wenn jetzt nach Annahme des Amnestiegesetzes die sozialdemokratischen Führer auf einmal so tun, als wenn sie Freunde einer Amnestie seien, sich ständig um sie bemüht hätten, so ist es notwendig, festzustellen, daß diese Herrschaften sich die redlichste Mühe gegeben haben, alles zutun, um eine Amnestie zu verhindern.

Aber auch die Hitlerpartei war ganz und gar einverstanden mit den Maßnahmen Papens. Der „Völkische Beobachter“ bejubelte die Terrornotverordnung der Papen-Regierung und deren schroffe Ablehnung der Amnestie. Am 11. August schrieb der „Völkische Beobachter“:

„Endlich hat sich die Reichsregierung entschlossen, dem Treiben dieses Unternehmens die Faust zu zeigen. Wir müssen aber auch erwarten, daß die neuen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit voller Schärfe angewandt werden.“

Wenn trotz all dieser Widerstände eine Teilamnestie zustande kam, so deshalb, weil die Massenbewegung gegen die Terrornotverordnung gegen die Schreckensurteile immer stärkere Formen angenommen hatte.

Die Teilamnestie ist ein Produkt des Massenkampfes, eine Konzession, die der herrschenden Klasse abgerungen wurde. Sie ist ein Ventil, das die Schlicher-Regierung öffnen mußte, nachdem in den letzten vier Monaten nach Erlaß der Terrornotverordnung die Kampfkraft der Massen einen sichtbaren Aufschwung genommen hatte, der sich in Hunderten von Teilstreiks gegen die Notverordnung der Papen-Regierung vom 4. September zuletzt sogar in Protestdemonstrationen und Proteststreiks speziell gegen die Schreckensurteile und die Terrornotverordnung Ausdruck verschafft hatte, und die schließlich in den Wahlzügen der Kommunistischen Partei ihren Ausdruck fand.

Aber es darf kein Zweifel darüber bestehen: diese Amnestie ist eine Teilamnestie. Sie ist ungenügend.

Die 27 Antifaschisten, die im Laufe des letzten Vierteljahres zu 10 Jahren Zuchthaus und zu höheren Strafen verurteilt wurden, unschuldig teils, teils wegen lächerlicher Lappalien, werden weiter im Kerker bleiben, auch wenn einem Teil von ihnen die Strafen selbst reduziert werden.

Hundert von Fällen, die die sogenannte Zersetzung betreffen, fallen überhaupt nicht unter die Paragraphen der Amnestie.

In Tausenden von Fällen werden die Richter, wo vielleicht nur geringfügige Verletzungen vorliegen, Tätungsabsicht konstruieren, und jegliche Anwendung der Amnestie-paragraphen ablehnen. Hierunter fallen besonders Fälle der Abwehr faschistischer Ueberfälle.

Tausende von Kämpfern werden also weiter in Zuchthäusern und Gefängnissen bleiben.

Sie bedürfen unseres verstärkten Kampfes für ihre Freilassung, bedürfen nebst ihren Angehörigen unserer praktischen Solidarität und Hilfe. Das letzte gilt insbesondere auch für die, die nun auf Grund des beschlossenen Amnestiegesetzes mittellos und ohne Existenz entlassen werden. Ihnen allen durch die Winterhilfsaktion der Roten Hilfe zu helfen, muß die Ehrenpflicht der werktätigen Massen sein.

Die Entscheidung über anhängig gemachte Prozesse, über Strafverurteilung und Freilassung unterliegt dem Ermenen der Richter. Nicht, wie es der kommunistische Antrag vorgesehen hatte, einem Amnestieausschuß des Reichstages.

Hier liegt eine der wichtigsten augenblicklichen Kampfaufgaben der Roten Hilfe, der revolutionären Massen vor:

Allorts durch Amnestie-Ueberwachungsausschüsse etwaige Verschleppungsmanöver der Richter zu verhindern, Antifaschisten freizukämpfen.

Am 12. Dezember wurden die beiden Antifaschisten Oskar Mierke und der Maurer Seidel, der eine vom Sondergericht Berlin, der andere vom Schwurgericht in Waldenburg, mit je 10 Jahren Zuchthausstrafen bedacht. Seidel soll bei einer Zwangsamnestierung aus einer Menge heraus einen Stein geworfen haben, Oskar Mierke sich an einer Schlägerei gegen Nationalsozialisten beteiligt haben.

Was heißen diese Anträge bzw. Urteile unmittelbar nach Erlaß der Amnestie? Eine neue Welle von Schreckensurteilen rollt heran.

Wir werden keinen Augenblick ruhen, den Massenkampf gegen die Klassenjustiz weiterzuführen. Der Teilstieg, der durch den Massenkampf in Gestalt einer halben Amnestie erungen wurde, muß weitergeführt werden.



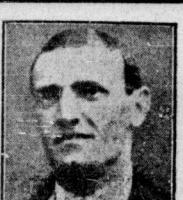
Erich Maronde, Köslin
10 Jahre Zuchthaus



Paul Pehrent, Greifswald
10 Jahre Zuchthaus



Albert Peters, Greifswald
10 Jahre Zuchthaus



Martin Heil, Kaiserslautern
10 Jahre Zuchthaus



Andreas Eynödt, Nürnberg
10 Jahre Zuchthaus



Ludwig Winkelmann, Nürnberg
10 Jahre Zuchthaus



Rudolf Lukasek, Duisburg
10 Jahre Zuchthaus

Solidarität für die entlassenen Gefangenen! Hilfe für die um die Amnestie Betrogenen!



Die werktätige Frau



Muffi ist nur Gänseleber

Sieben Esser in der Familie — Die billigste Margarine zu teuer

Eine Arbeiterfrau schreibt uns: „Wir sind sieben Esser in der Familie. In unserm Besitz an Lebensmitteln hatten wir gestern (Sonntag) 10 Pfund Kartoffeln, 1 Brot und 27 Pfennig in Bar.“

Mit meinem Mann halte ich Kriegstat, was wir mit diesen 27 Pfennig, die für zwei Tage reichen sollen, am besten machen können.

Wir entschließen uns für Margarine. 1 Pfund Margarine! Und schmeißt schon vor: gelbe und braune Zwiebelauce für Stampfartoffeln, Fleischsah für Suppe. — Also rasch zum Kaufmann, uns läuft schon das Wasser im Munde zusammen, wenn man an die „Berlitchten“ denkt.

Im Laden: „Bitte 1 Pfund Butter für 27 Pfennig.“ — „Die führen wir nicht! aber Sie können Sanelle für 65 Pfennig bekommen.“ „Danke“.

Nun zu Tee, denn ich habe gelesen, daß es dort welche zu 25 Pfennig gibt. Es ist schon 1/2 Uhr. Bei Tee ist Hochbetrieb. Wohlfeillich wollen noch mehr Leute 1 Pfund „illige Margarine holen. Endlich bin ich im sterren Stock, „Abteilung Lebensmittel“.

Bitte Kräutlein 1 Pfund Margarine zu 27 Pfennig. „Haben wir nicht, nur zu 25 Pfennig; aber die gibts nur Freitag, da ist Kassenmetag. Heute kostet dieselbe 28 Pfennig.“ „Rein, die möchte ich nicht!“ Ich esse nun dann; das Kräutlein mit dem Butter in der Hand alleinlassen.

Ja, nun ist guter Rat teuer. Goldader: „1 Pfund Margarine zu 27 Pfennig.“ Leider aussertauf meine Dame; aber verdulden Sie es mit... Ich war schon aus dem Laden gelaufen. Noch ein Versuch im Buttergeschäft Hoffmann. „Kräutleichen, haben Sie wohl Margarine zu 27 Pfennig?“ „Rein, wir führen nur 28 Pfennig.“ „Könnte ich ein halbes Pfund bekommen?“ „Rein, ein halbes Pfund können wir nicht geben.“ Warten in das Gespräch raucht eine Dame im roten Kopfschmuck. Diese höflichen „Bitteher“ konnte ich an und für sich nicht leiden. Sie flötet:

„Geben Sie mir ein viertel Pfund Gänseleberwurst zu 60 Pfennig.“ „Kräutlein ist das auch echte Gänseleber?“ — „Nein, in Muffi ist nur die Wurst!“ Ich sehe mir ürgelich den Muffi und die „Gnädige“ an. Die entschließt sich zu einem teufeligen Gespräch: „Nicht wahr, Kräutlein, Gänseleber soll doch sehr gesund sein?“ „Nicht wahr, das ist die Welt zu tun hat, zwischen meinen Häuten zugetrieben. Aber dann hätte ich immer noch keine Margarine gehabt — in mir todte es! Hier wird für einen Hund, für ein Spielzeug der Damen 1/2 Pfund Gänseleberwurst gekauft zu 60 Pfennig! — Und mir fehlt zu einem Pfund gewöhnlicher Margarine ein Pfennig!“ — Ich rannte wie diejenen aus dem Laden. Ein Schupo, der draußen stand, glaubte wohl an ein Verbrechen und schaut schnell in den Laden.

Es ist schon 7 Uhr — und ich habe immer noch keine Margarine! Nun kam mir ein guter Gedanke: In einem Kellergeschäft kaufte ich denn 1 Pfund zu 34 Pfennig und bat um Stundung der 7 Pfennig Rest.

So geschähen im Dezember 1932! —

Ein paar Tage vor dem „heiligen“ Abend, an dem das Jähorn keinen Segen über alle Menschen ausschütten soll... Segen! Wir wissen, was wir zu tun haben! Mitmarschieren, mitkämpfen mit der Millionenarmee zur Rettung vor Hunger und Frost!

Idyll im Eisenbahnwaggon

Wie der „Vorwärts“ das Wohnungsgeld preißt

In der Beilage des „Vorwärts“ vom 11. Dezember findet sich eine Reportage, die die größte Beachtung verdient. Hier wird der „Beweis“ erbracht, daß es sich im Eisenbahnwaggon sehr gemütlich leben läßt. Es handelt sich nicht etwa um eine Keise im Eisenbahnwaggon oder gar im Schiffsraum. Nein, um eine „Erfahrung“ der Wohnungsfrage.

In Berlin und im Reich gibt es eine ganze Menge sozial-

demokratischer Wohnbau-Estlungen. Eine Wanderung durch viele Siedlungen kann jeden überzeugen, daß dort mindestens 30 Prozent aller Wohnungen leer stehen. Die Wohnungen stehen leer, weil die Mieter unerschwinglich hoch sind, weil die sozialdemokratischen Verwaltungen sich nicht entschließen wollen, den Druck auf die Miets zu tun nur um eine Kleinigkeit zu lindern.

Sozialdemokratische Führer — es gibt deren nicht wenige — leben in Wohnzimmerwohnungen. Ein Reporter des „Vorwärts“ aber macht einen Spaziergang durch das Wohnungsgeld Berlin, kommt zur Zeitstellung, daß sich alle, unbrauchbare Eisenbahnwaggons für Wohnstätten sehr gut eignen. Wir gehen hier wieder einen kurzen Abschnitt aus dieser beachtenswerten „Erfahrung“ des „Vorwärts“ wieder:

„Der Wagen ist 10 Meter lang und 2,50 Meter hoch. Durch ein Schiebetür hat sich der Mann den Wagen ganz für sich Wohnung, dort Versteht. An der einen Seite der ist eine Hochbank, seinen Versteckort, drüben die Sägen, die Bretter und was ein Tischler sonst noch braucht, und auf der Frage, wie das Geschäft ginge, meinte er wieder: „Es laßt sich nicht zufrieden.“ Das hört man gerne heututage, besonders von einem Tischler.“

Ein Waggon von 2,50 Meter Breite und 10 Meter Länge dient gleichzeitig als Werkstatt und Wohnung — und das mit als Ideal hingestellt. Der Mann ist zufrieden, schaut aber dem „Vorwärts“ natürlich, Wohnzimmerwohnungen für die Oberklasse, leerstehende Wohnungen in allen sozialdemokratischen Siedlungen. Das entspricht voll und ganz der sozialdemokratischen Ordnung.

Genftenbergs Weihnachtsrummel

Arbeiterfrauen und Kinder werden verhöhnt. Lassen sich durch Kaiserlicheater nicht befören.

Hungerweihnachten 1931 versuchte der Genftenberger Magistrat wie auch der Genftenberger Verkehrsverein unter der Devise „Genftenberg im Weihnachtslicht“ die hungernden Violeten zu verhöhnen, als auch den Kleinemwirtschenden vorzugeweißen, daß man durch derartige Reklamemethoden den Ruin des gewerblichen Mittelstandes verhindern könne. In diesem Jahr haben die Genftenberger Geisteskräften ein ähnliches Schlagwort erfinden. Heute heißt es: „Genftenberg im Weihnachtswunder“.

Was für Wunder hat nun die Genftenberger Arbeiterkassensammelgesellschaft? Nun, da erinnern wir zuerst an die Erhöhung der Bürgersteuer von 400 auf 600 Prozent. Wir erinnern an die vielen unbeschuldeten Familien der Bergarbeiter. Wir erinnern an die vielen Personalentlassungen bei der Verarmung der Stadt Genftenberg selbst und mit erinnern schließlich an die aufgestellten ausgestiegenen Eisenbahnwaggons, wo arme Familien hineingekleidet werden. So sehen die „Wunder“ von Genftenberg in Wirklichkeit aus. Es bleibt nun nur noch zu beweisen, daß es auch zu Weihnachten selbst keine „Wunder“ gibt. Wie wir erfahren, will der Genftenberger Magistrat in diesem Jahre keinerlei gelbliche Winterbeihilfen zur Auszahlung gelangen lassen. Die Erwerbslosen und sonstigen Notleidenden werden also auf eigener Kraft und ohne Mithilfe über irgendwelche Wunder die Durchföhrung ihrer Forderungen erzwingen müssen.

Aber auch die Kleinemwirtschenden sollten sich fragen lassen, daß man durch derartige Sammelmethode ihre Existenz keinesfalls verbessert. Keine Weihnachtswunder, sondern nur der Kampf

der Arbeiterkassensammelgesellschaft um die Erhöhung ihrer Kaufkraft wird auch die Lage des Mittelstandes verbessern. Die Genftenberger Arbeiterkassensammelgesellschaft verhöhnt und wir Arbeiterkassensammelgesellschaften ganz besonders gegen die Verhöhnung, wenn man als Genftenberger Weihnachtswunder Weihnachtsbaum, Lichterglanz erziehen läßt, während das Gros hungernd und friert und die Straßen lauft. Auf dem Marktplatz werden in einer Weihnachtsstube ein Kaiser seinen platten Linien zu Arbeiterkinder schreiben nach Rat und nicht nach dem Willen eines Kaisers. Geradezu provozierend wirkt jedoch folgende Vorgang: Auf dem Marktplatz ist in diesem Jahr ein riesiger Kandelaber aufgestellt worden, der der zweitgrößte von Deutschland sein soll. An diesem hat man nun als besonderes Wunder ein Schwein mit Würsten behängt angebracht. Diese nette Schweinerei nun sogar unteren Stadtbürgern mit der Zeit nicht zu bekommen zu sein. Ebenfalls ist an Stelle des Schweinereis ein Schwein mit Würsten behängt angebracht. Diese nette Schweinerei nunmehr der Stern der Weisen am Kandelaber abgegangen. Wie Arbeiterkassensammelgesellschaften gegen derartige Verhöhnungen und Provozierungen der Arbeiterkassensammelgesellschaften kämpfen zu nehmen.

Jede werktätige Frau liest die „Kämpferin“!

ECKE für proletarische Kinder!

Wir wollen nicht hungern und frieren!

Richtig gern zur Schule gehen wir ja alle nicht. Das macht ja keinen Spaß dort. Dauern und prügeln der Lehrer, der Unterricht ist arbeiterfeindlich, das ewige Anschauen und Herumkommandieren nimmt ja alle Lust am Lernen weg. Aber eines ist doch schön an dieser Schule:

Im Winter ist's schön warm dort!

Für viele von uns ist das Klassenzimmer der einzige Ort, wo man sich auswärmen kann. Zu Hause bei Müttern ist's kalt, denn Vater ist schon so lange arbeitslos, der kann keine Kohlen kaufen. Doch jetzt ist's auch mit dem Aufwärmen in der Schule vorbei! Es gibt „Kohlenferien“! Die Schulleitung bekommt kein Geld mehr vom Staat und kann keine Kohlen mehr kaufen. So werden jetzt wahrscheinlich in Kassel alle Schulen zugemacht werden. Kohlenmangel! Da werden die Kinder einfach auf die Straße gesetzt. Lernen gibts nicht mehr — die Arbeiterkinder sollen dumm bleiben.

Kohlenmangel? Mangel an Kohlen? Nein! Im Ruhrgebiet liegen riesige Kohlenberge. Die Gebirge sind so groß, daß sie sich teilweise von allein entzünden, weil der Druck der riesigen Kohlenberge zu groß ist. 12 Millionen Tonnen Kohle sind „zuviel“, so sagen die Grubenherren, die Besitzer der Kohlenberge.

12 000 000 Tonnen, das sind 240 000 000 Zentner Kohlen. Aber in den Schulen ist Kohlenmangel, gibts „Kohlenferien“! Wir wollen warme Schulzimmer!

Wir wollen, daß die Schule auch nachmittags auf ist und wir in den Zimmern spielen, lesen und uns wärmen können! Her mit der Kohle aus dem Ruhrgebiet!

Wir haben uns was zum Essen erkämpft

Bei uns in der Klasse sind die meisten Väter der Kinder arbeitslos. Die haben alle Hunger. Wir beratschlagten uns, wie wir Essen in der Schule bekommen können. Wir sprachen auch mit unseren Vätern.

Wir schickten eine Abordnung nach dem Fürsorgeamt. Da wart man uns raus. Da traten wir am nächsten Tag in den Schulstreik. Darauf besetzte die Polizei alle Straßen rund um die Schule und das Arbeitsamt. Wir forderten da gleich: Weg mit der Polizei!

Wir haben den Schulstreik gewonnen! Die Polizei ist wieder abgezogen. Wir bekommen umsonst Schulheute geliefert und jeden Tag umsonst was zum Essen in der Schule.

Seld bereit! Roter Schulvorposten der 29. Schule in Bremen.

telegramme

Frankfurt am Main schultstreik siegreich durchgeführt
Mannheim schultstreik siegreich durchgeführt
Bremen an der oder schultstreik siegreich durchgeführt
hamburg zwei schulen streikten wegen ermordung des rot-sport-pioniers durch nazi-sa stop schultstreik siegreich beendet stop sa-kasernen mußte geschlossen werden stop seld bereit

Eine feine Zeitschrift

ist jetzt herausgekommen. Sie heißt

„Der Arbeiterkinder-Klub“

Diese Zeitschrift soll mithilfe in ganz Deutschland, jedem Arbeiterviertel, einen Klub der Arbeiterkinder zu schaffen. Sie berichtet in ihrer ersten Nummer vom Berliner Klub „Nordost“ in vielen Bildern und einem feinen Bericht von der Pionierin Kaktus. Die Zeitschrift hat einen bunten Umschlag und friert 10 Pfennig. Ihr solltet alle den „Arbeiterkinder-Klub“ lesen. Bestellungen nimmt entgegen: Klub Nordost, Berlin N 8, Lettstraße 8.

Kämpfe mit uns gegen den Hunger. Werde ein Pionier!



Kernantwortlich: Alfred HENDRIK, Berlin